

## Familien und Kinder wirksam vor Armut und ihren Folgen schützen

### Positionen und Forderungen des Landesfamilienrates Baden-Württemberg

**Ein Aufwachsen in Armut belastet und hat für Kinder viele negative Auswirkungen: Gesundheitszustand, Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein von Kindern stehen in enger Wechselwirkung mit dem Einkommen oder dem sozialen Status ihrer Eltern und auch der Zusammenhang zwischen Armut und geringen Bildungschancen ist in vielen Studien nachgewiesen. Armut bestimmt daher nicht nur die Gegenwart von Familien, sie schränkt auch die Chancen von Kindern in der Zukunft ein: Die Gefahr ist groß, dass sich Benachteiligungen über Generationen verfestigen und so aus „Kindern armer Eltern, die Eltern armer Kinder“ werden.**

Mit bestimmten Familientypen und Lebensphasen ist ein erhöhtes Armutsrisiko verbunden. Dazu gehören Alleinerziehende, kinderreiche Familien und zugewanderte Familien ebenso wie Familien mit jüngeren Kindern. Betroffen sind auch Eltern, die sich in Studium und Ausbildung befinden. Für den Landesfamilienrat sind diejenigen Familien arm, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von einer Lebensweise ausgeschlossen sind, die in unserem Land als Mindestmaß gilt. Nach der europäischen Armutsdefinition ist dies dann der Fall, wenn das Einkommen 60 Prozent des Medianeinkommens<sup>1</sup> der Bevölkerung unterschreitet.

Aktuellen Befunden zufolge ist in Baden-Württemberg jede zehnte Familie armutsgefährdet<sup>2</sup> und knapp neun Prozent der Kinder im Land erhalten Leistungen im Rahmen des Regelwerks von Hartz IV. Armut gibt es sichtbar und manifest oder gut verborgen und verschämt. Dabei stehen vor allem die Familien unter großem Druck, die noch über eine „prekäre Wohlstandsposition“ verfügen, sich jedoch wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Überschuldung von Armut bedroht sehen. Eine konsequente Familienförderpolitik des Landes muss dazu beitragen, Familien vor dem Abgleiten in Armut zu bewahren, Armutslagen zu überwinden und insbesondere den Kindern aus einkommensschwachen Familien Zukunftsperspektiven zu vermitteln.

### I Förderung der Wirtschaftlichen Stabilität von Familien

Die wirtschaftliche Situation der Familie bestimmt maßgeblich das Lebensgefühl von Kindern und Erwachsenen. Armut entscheidet dabei nicht nur über den Grad der Versorgung, etwa Ernährung, Kleidung, Ausstattung mit Möbeln und Geräten oder die Mobilität der Familie. Armut beeinflusst auch zentrale Lebensbereiche wie Wohnen und Wohnumfeld, Bildung und gesellschaftlichen Status, Gesundheit, Selbstwertgefühl und gesellschaftliche Teilhabe.

<sup>1</sup> Der Medianwert ist die Linie, die in Bezug auf das Einkommen die Gesamtbevölkerung exakt halbiert: das Einkommen der einen Hälfte liegt unter und das der anderen über diesem Wert. In Baden-Württemberg gilt ein Paar mit 2 Kindern unter 15 Jahren als armutsgefährdet, wenn das Familiennettoeinkommen unter 1.726 Euro liegt (60 % Schwelle).

<sup>2</sup> Familienreport 4/2008: Ökonomische Lage von Familien in Baden-Württemberg, Familienforschung beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

Damit Familien ihre wichtigen Aufgaben erfüllen können, brauchen sie materielle Sicherheit. Die stärkste Armutsgefährdung geht für Kinder von den mangelnden Erwerbsmöglichkeiten ihrer Eltern aus. Fehlende Arbeitsplätze, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, ein wachsender Niedriglohnsektor sowie eine nicht ausreichende Zahl von Betreuungsplätzen für Kinder machen es Familien – insbesondere allein erziehenden Frauen – schwer, wieder Fuß im Arbeitsleben zu fassen. Der Landesfamilienrat setzt sich in diesem Zusammenhang ein für

- *ein Arbeitseinkommen, das ein Leben über dem Existenzminimum garantiert und damit für die Einführung eines Mindestlohnes,*
- *den Abbau der unterschiedlichen Entlohnung von Männern und Frauen,*
- *eine familienfreundliche Unternehmenspolitik, die es Müttern und Vätern ermöglicht, Familie und Erwerbsarbeit zu verbinden.*



### Absicherung des Existenzminimums durch finanzielle Förderung

Der Bericht der Familienforschung Baden-Württemberg zeigt, dass Kindergeld, Elterngeld und das Landeserziehungsgeld eine wichtige Rolle in der Armutsprävention spielen und dafür sorgen, dass Kinder nicht unter Armutbedingungen aufwachsen.<sup>3</sup>

- *Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg setzt sich deshalb für die Beibehaltung des Landeserziehungsgeldes ein und fordert die Landesregierung dazu auf, sich auch für den Erhalt und Ausbau anderer Familienleistungen und Transfers stark zu machen, die armutspräventiv wirken und auf Bundesebene entschieden werden (Beispiel: anrechnungsfreies Elterngeld für Sozialleistungsempfänger, Einführung einer Kindergrundsicherung).*
- *Das „Mehrlingsgeburtenprogramm“ und der „Landesfamilienpass“ als zusätzliche Landesförderung für Familien sind im Einzelfall sicher hilfreich, insgesamt jedoch unzureichend. Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg fordert Land und Kommunen vielmehr dazu auf, Spielräume, die sich in der Bewilligungspraxis bei Regel- und Einmalleistungen nach dem SGB II und SGB XII ergeben, aktiv im Sinne von Kindern und ihren Zukunftschancen zu nutzen.*



### Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Es ist eine zentrale Aufgabe der Familienpolitik, geeignete Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Frauen und Männer ihre Kinderwünsche realisieren, Generationensolidarität leben sowie Familien- und Erwerbsleben nach ihren individuellen Lebensvorstellungen miteinander verbinden können. Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Familieneinkommens, sind gute Möglichkeiten, die Erwerbsarbeit mit den Aufgaben von Betreuung, Erziehung oder Pflege von Angehörigen zu verbinden. Dazu zählen flexible Arbeitszeiten und eine familienbewusste Personalpolitik. Verschiedene Akteure auf der kommunalen Ebene bis hin zu den Arbeitgebern sind gefordert, den anspruchsvollen Balanceakt der „Vereinbarkeit“ durch unterschiedliche Maßnahmen und Angebote zu unterstützen.

- *Der Landesfamilienrat fordert den bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Dazu müssen für die unter Dreijährigen bis 2013 noch rund 40.000 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden.*
- *Der Landesfamilienrat weist jedoch auch auf die Verantwortung des Landes hin, die pädagogischen Fachkräfte weiter zu qualifizieren, um sensibel mit den Kleinkindern umgehen*

<sup>3</sup> vgl. Familienreport 4/2008: Ökonomische Lage von Familien in Baden-Württemberg, Familienforschung beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

*und anregend für die individuellen Bildungsprozesse der Kinder wirken zu können. Nur dann haben Eltern ein gutes Gefühl, wenn sie ihre Kinder in fremde Hände geben.*

- *Der Landesfamilienrat begrüßt die verstärkten Bemühungen des Landes und der Kommunen, die Betreuungsquote von Kleinkindern zu verbessern. Aber auch die außerfamiliäre ganztägige Betreuung von Kindern bis zum 14. Lebensjahr ist auf hohem Niveau sicher zu stellen.*

## II Bildung und Betreuung sind Schlüssel zur Armutsüberwindung

Mit guter Bildung lässt sich ein Kreislauf aus Armut und Unterprivilegierung durchbrechen. Einer frühen Förderung von – allen – Kindern in Einrichtungen der Tagesbetreuung kommt ein hoher Stellenwert zu.



### Frühe Förderung und Bildung muss Kinder und Eltern erreichen

Es ist eine zentrale Aufgabe der Familienpolitik, geeignete Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Frauen und Männer ihre Kinderwünsche realisieren, Generationensolidarität leben sowie Familien- und Erwerbsleben nach ihren individuellen Lebensvorstellungen miteinander verbinden können. Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Familieneinkommens, sind gute Möglichkeiten, die Erwerbsarbeit mit den Aufgaben von Betreuung, Erziehung oder Pflege von Angehörigen zu verbinden. Dazu zählen flexible Arbeitszeiten und eine familienbewusste Personalpolitik. Verschiedene Akteure auf der kommunalen Ebene bis hin zu den Arbeitgebern sind gefordert, den anspruchsvollen Balanceakt der „Vereinbarkeit“ durch unterschiedliche Maßnahmen und Angebote zu unterstützen.

- *Der Landesfamilienrat fordert, die Sprachförderung zum integrierten Teil des Bildungs- und Erziehungskonzeptes ab dem ersten Tag in der Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege zu machen und dafür die nötigen qualifizierten personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.*
- *Neue fachliche Anforderungen an die Aufgaben als Bildungsinstitution und die Betreuung von Kindern im Vorschulalter erfordern eine erweiterte und bessere Qualifikation von Fachkräften, der in der Aus-, Fort- und Weiterbildung verstärkt Rechnung getragen werden muss.*



### Individuelle Förderung im Lebensfeld Schule

Voraussetzung für die gelingende Lebensbewältigung sind eine gute Erziehung und Bildung. Schulen sollen Kindern und Jugendlichen Wissen, Werte, Verhaltensweisen, und Fertigkeiten vermitteln, die sie zur selbständigen Gestaltung ihres Lebens und einem Leben in der Gemeinschaft befähigen. Kinder und Jugendliche benötigen eine auf ihre individuelle Situation und ihren konkreten Bedarf zugeschnittene Förderung und Unterstützung. Das Schulsystem in Baden-Württemberg verstärkt jedoch bestehende soziale Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung und frühzeitige Auslese. Damit werden viele Kinder und Jugendliche in ihren Lern- und Lebenschancen beschnitten. Nicht einmal jedes 4. Kind hat in Baden-Württemberg die Möglichkeit einen Ganztagsplatz in der Schule zu besuchen<sup>4</sup>. Hier sind neue Bildungskonzepte gefragt, die den familiären, kulturellen und sozio-ökonomischen Hintergrund von Kindern und Jugendlichen stärker als bisher berücksichtigen und kompensieren.

- *Der Landesfamilienrat fordert den zügigen, flächendeckenden Ausbau der gebundenen, rhythmisierten Ganztagschule in allen Schularten. Sie soll als Regelangebot ins Schulgesetz des Landes aufgenommen werden.<sup>5</sup>*

<sup>4</sup> Report Familien in Baden-Württemberg 1+2 / 2010: „Familienpolitische Entwicklungen – Angebote für Familien; Familienforschung Baden-Württemberg

<sup>5</sup> vgl.: „Die Schule besser machen. Positionen aus Familienperspektive“, Landesfamilienrat BW, 2009

- *Der Landesfamilienrat setzt sich für die Ausgabe eines kostenlosen, ausgewogenen und kindgerechten Mittagessens für alle Kinder und Jugendlichen an Schulen ein.*
- *Der Landesfamilienrat fordert die Landesregierung auf, Erziehungs- und Bildungspartnerschaften in allen Betreuungseinrichtungen und Schularten zu etablieren. Dazu sind adressatenorientierte Konzepte für Eltern auf Landesebene zu entwickeln.*



### Familienbildung stärkt die ganze Familie

Angebote der Eltern- und Familienbildung von ganz unterschiedlichen Trägern leisten einen wichtigen Beitrag für das Zusammenleben in Familien. Sie stärken die Erziehungsfähigkeit von Müttern und Vätern oder anderen Erziehungsberechtigten, damit sie ihre Verantwortung besser wahrnehmen können. So wie sich die Herausforderungen und Lebensbedingungen für Familien verändern, muss sich auch die Eltern- und Familienbildung immer wieder neu an der Lebenswirklichkeit und am Unterstützungsbedarf von Familien orientieren. Dazu braucht es neue Formen, etwa einer niedrigschwelligen, auch zugehend ausgestalteten Familienbildung. Eltern- und Familienbildung sollte nach Auffassung verstärkt dort angeboten werden, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten, etwa in Kindertagesstätten oder Schulen. Gute Ansätze hierzu entwickeln sich im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE, das nach Auffassung des Landesfamilienrates weiter ausgebaut werden sollte. Neue Konzepte können sich flächendeckend und nachhaltig aber nur dann entwickeln, wenn ihre rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen ausreichend geklärt sind.

- *Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg fordert die Landespolitik dazu auf, Familienbildung neu zu bewerten, ihren Stellenwert im Kinder- und Jugendhilferecht zu verbessern und im Schnittpunkt mit der Erwachsenenbildung eine adäquate Finanzierung sicher zu stellen.*
- *Dabei wird auch die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe dazu aufgefordert, Familienbildung aus ihrer Randständigkeit im SGB VIII zu befreien und neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Familienbildung, Schule und anderen Akteuren zu suchen. Die Gestaltung dieser Kooperation muss Bestandteil der örtlichen Bildungs- und Jugendhilfeplanung werden.*

### III Unterstützung, Entlastung und Hilfe für Familien in Armutslagen

Existenzsorgen, Überschuldung, Suchterkrankung oder psychische Erkrankung sind häufig – ursächlich oder als Ergebnis – mit Armutssituationen verbunden. Sie können Krisen in der Paarbeziehung oder im Eltern-Kind-Verhältnis auslösen und verstärken und zu Rückzug, Resignation oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Sie verlangen professionelle Beratung und Unterstützung. Der Zusammenhang zwischen Armut und dem Bedarf an Jugendhilfeleistungen ist evident.<sup>6</sup> Wirksame Hilfen müssen die gesamte Familie unterstützen und dürfen nicht auf einzelne Familienmitglieder beschränkt werden. Ein guter Ansatz für ganzheitliche Hilfen ist die Familienerholung, mit der besondere Bildungs- oder Gesundheitsangebote für Familien verknüpft werden können, was durch das laufende Modellprojekt im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE belegt wird. Bezogen auf das besondere Armutsrisiko von Familien mit Migrationshintergrund muss auch die interkulturelle Öffnung bestehender Beratungsdienste und Regelleistungen vorangetrieben werden. Ein solch umfassender und integrativer Ansatz ist allerdings nur dann Erfolg versprechend, wenn alle Beteiligten gemeinsam bedarfsgerechte Strukturen und Angebote entwickeln und dafür kontinuierlich professionelle und hauptamtliche Fachkräfte zur Verfügung stehen. Gerade die Kommunen haben hier eine besondere Verantwortung für die Daseinsvorsorge.

<sup>6</sup> vgl. Bericht zu Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Baden-Württemberg 2008, KVJS, Sept. 2008

- *Der Landesfamilienrat setzt sich für lebenslagenbezogene Angebote ein, die niedrigschwellig und kostengünstig im Sozialraum angeboten werden. Sie sind vor allem für Kinder bzw. Familien mit Niedrigeinkommen wichtig und zur Verbesserung der Lebenssituation meist bedeutsamer als die Erhöhung von Transferleistungen. Diese Dienste müssen professionell geführt werden.*
- *Um Familien zu stärken und zu motivieren, sind sie als Experten in eigener Sache in die Entwicklung und Gestaltung ihrer Lebenswelt einzubeziehen. Dazu sollen auf Landesebene Beteiligungskonzepte unter Berücksichtigung erprobter Modelle entwickelt werden. Die Teilnahme von Familien bei der Planung (z.B. bei Wohnumfeld- und Stadtteilentwicklung) und die Stärkung der Selbstverantwortung sind regional und kommunal systematisch zu fördern.*



### Kinder vor Gewalt schützen

Auch wenn häusliche Gewalt in allen gesellschaftlichen Schichten vorkommt, so kann der Druck, der durch Armut und Ausgrenzung entsteht, Vernachlässigung und Gewalt gegen Kinder in der Familie fördern. Die wirksamste Vorbeugung besteht deshalb nach Auffassung des Landesfamilienrates darin, Mütter und Väter früh in ihrer gesamten Alltags- und Lebenssituation zu stärken, um damit Überforderungssituationen rechtzeitig zu vermeiden. Der Mehrdimensionalität des Kinderschutzes muss mit einem ganzheitlichen vernetzten Konzept sowohl auf Landesebene als auch auf der kommunalen Ebene begegnet werden.

- *Der Landesfamilienrat fordert daher präventive Angebote für Kinder und Familien, die nicht stigmatisierend und für alle zugänglich sind. Diese umfassen alle Informationen und Angebote der Beratung, Bildung, Unterstützung und Entlastung für die Eltern.<sup>7</sup> Erfolgreiche Prävention richtet sich nicht nur an belastete oder gefährdete Familien, sondern spricht alle Familien an und ist integrierter Bestandteil des Lebensumfelds.*
- *Bestehende Hilfen und Angebote müssen unter Einbeziehung aller beteiligten Berufsgruppen und Hilfesysteme (Jugendhilfe, Gesundheitssystem u.a.) vernetzt werden. Solche Kooperations- und Vernetzungsstrukturen sind durch das Land nachhaltig auszugestalten. Dies setzt eine ressortübergreifende Politik der Ministerien voraus.*

### IV Forschung gibt Sicherheit bei der Planung ziel- und passgenauer Hilfen

Um Bildungs- und Unterstützungsangebote auf die jeweilige Lebenssituation zuschneiden zu können, muss sich die Konzeptentwicklung auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen können. Forschungsergebnisse können dazu beitragen, dass die Vielzahl von Angeboten und Maßnahmen – ob als Projekt oder Regelausgangspunkt – nachhaltig und damit letztlich ressourcenschonend weiter entwickelt werden kann.

- *Daher sollen die in Baden-Württemberg geförderten Projekte im Bereich der Kinder- und Familienförderung systematisch – und nicht nur je für sich – ausgewertet und miteinander in Beziehung gesetzt werden.*
- *Um die Zahlen über die wirtschaftliche Situation von Familien in Relation zu den tatsächlichen Lebensverhältnissen von Eltern und Kindern zu setzen, fehlen aktuelle Forschungsergebnisse zum Ausgabeverhalten und zur Ausgabesituation in Familien. Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg fordert die Landesregierung dazu auf, ein entsprechendes Forschungsvorhaben in Gang zu bringen.*
- *Außerdem fehlen – in Baden-Württemberg wie in Deutschland überhaupt – Erkenntnisse aus Langzeitstudien bei den Frühen Hilfen und der Resilienzforschung. Damit ließe sich beispielsweise belegen, dass Mittel, welche in frühe Förderung von Kindern investiert werden, dazu beitragen, spätere Ausgaben bei der Jugendhilfe zu verringern oder zu vermeiden.*

<sup>7</sup> vgl.: „Familien fördern – Kinder schützen“; Landesfamilienrat 2009, Stuttgart

### Abschließende Forderungen



Für die Überwindung von Armutslagen braucht es mehr als eine ausreichende materielle Unterstützung. Vielmehr ist dazu ein differenziertes, systematisches und vernetztes Vorgehen der unterschiedlichsten Politik- und Handlungsbereiche des Landes, der Kreise und der Kommunen notwendig. Dazu zählen neben der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik auch die Bildungs- und Gesundheitspolitik und nicht zuletzt eine familienbewusste Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Der Landesfamilienrat empfiehlt der Landesregierung Baden-Württemberg, ihre Bemühungen um ein durchgängiges und nachhaltiges Konzept der Kinder- und Familienförderung fort zu setzen und zu intensivieren.



Damit diese Querschnittsaufgabe gelingen kann, ist eine Zusammenarbeit verschiedener Politikbereiche wie zum Beispiel Soziales, Gesundheit, Bildung, Umwelt, Stadtplanung und Wohnungsbau notwendig. Die jeweiligen Systeme und Berufsgruppen mit ihren je unterschiedlichen Rechts- und Finanzierungsgrundlagen brauchen dazu ein gemeinsames Verständnis und eine Plattform für den Austausch. Die notwendige Vernetzung ist dabei nicht zum Nulltarif zu haben. Nicht zuletzt müssen dazu auch die Versäulung der Länderministerien und ein abgrenzendes Ressortdenken überwunden werden.



Das Kinderland Baden-Württemberg muss zur aktiven und gelebten Querschnittsaufgabe werden!

Stuttgart, Januar 2011



*Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg stellt einen Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen dar, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er versteht sich als unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger. Dabei ist es das vorrangige Ziel, die Lebensqualität und damit die Rahmenbedingungen für Familien und das Leben mit Kindern zu verbessern. Dazu sollen die gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit für die Anliegen von Familien sensibilisiert und alle Maßnahmen der Politik und Wirtschaft auf ihre Familien- und Kinderverträglichkeit hin überprüft werden.*

Landesfamilienrat Baden-Württemberg  
Gymnasiumstraße 43 · 70174 Stuttgart  
Tel: 0711/625930  
info@landesfamilienrat.de · www.landesfamilienrat.de

Landesfamilienrat  
Baden-Württemberg



Mit freundlicher Unterstützung